

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 5307.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



15. Jahrgang

Mittwoch, 31. Juli 1935

Nr. 176

Die Ratstagung beginnt

Macht oder Recht

Die Schicksalsfrage für Abessinien — und den Völkerbund!

Genf. (Tsch. F. S.) Der Völkerbundrat, der Mittwoch um 5 Uhr nachmittag zusammenzutreten soll, um den abessinisch-italienischen Konflikt zu lösen, wird zunächst eine geheime Sitzung abhalten. Vorher werden aber bereits den ganzen Tag Beratungen der Staatsmänner und Diplomaten stattfinden. Die italienische Delegation ist bereits Dienstag nachmittag eingetroffen, Baron Aloisi wurde für abends erwartet. Der Ratvorsitzende Litwinaow dürfte Mittwoch früh eintreffen, ebenso wie Eden und Laval. Die bisher geführten Verhandlungen einiger Regierungen über den italienisch-abessinischen Streitfall bewegen sich, wie nunmehr auch in Genf bestätigt wird, in der Richtung, daß der Völkerbundrat möglichst schnell ein Kompromiß für ein weiteres Schiedsverfahren erziele und auf diese Weise gegenwärtig die Aufrechterhaltung des Gesamtproblems des italienisch-abessinischen Streitfalles in Genf vermeide.



Baron Aloisi (Italien)

Den Beratungen in Genf sind unmittelbar wichtige Konferenzen in Paris vorangegangen. Lord Anthon Eden hat auf der Durchreise durch Paris die Beratungen fortgesetzt, die seit Tagen der Botschafter Sir Henry Glat mit Laval geführt hat. Möglicherweise werden die Diplomaten, die von Paris mit dem gleichen Zug nach Genf reisen, auch während der Fahrt konferieren. Sicher finden vor der Ratssitzung nochmals Konferenzen der drei hauptbeteiligten Mächte statt.

Lord Eden hat keine gebundene Marschroute. Das bedeutet, daß England halb entschlossen ist — wir haben darauf schon vor vier Tagen hingewiesen, seine Parole: „Beratung des gesamten Streitfalles“ bei erstem Widerstand zu opfern. Es wird weitgehend der Führung Frankreichs folgen, an dessen Standpunkt sich seit Italiens Solotanz auf valutarischem Gebiet ja Wesentliches geändert hat, das aber doch ein Kompromiß auf der Grundlage weitgehender Zugeständnisse an Mussolini anstrebt, einen deshalb, weil es von einem Krieg Italiens seinen eigenen Vankrott befürchtet. Es könnte sich wiederholen, was Frankreich 1917 mit Rußland erlebte, dessen Krieg auch mit französischem Gold finanziert war und das unter einem neuen Regime außerhande war, die Vorkriegsschulden zurückzahlen. Wenn Italien nicht selbst einen Bruch provoziert, dürfte das Ergebnis der Ratstagung eine Verschleppung des Streites unter verschiedenen Vorwänden sein, wobei England allerdings fordern wird, daß Italien das Tempo seiner Rüstungen herabsetze. Aus dem Völkerbundsrat wird man, sobald der Horn benötigt ist, die Verhandlung wieder in den Kreis der drei Mächte zurückverlegen, zumal, da Rußland wenig Lust zeigen wird, sich allzufrüh zu engagieren. England hätte selbstverständlich eine rasche Lösung vorgezogen, wird sich aber der These Laval, daß Zeitgewinn die Hauptsache sei, fügen müssen. Tatsächlich hat Eden natürlich Recht, wenn er die Verschlep-

pung für gefährlich hält. Wir haben wiederholt dargelegt, daß der Zeitgewinn ein einseitiger Vorteil für Italien ist.

In den Kommentaren der Presse beginnen sich jetzt doch stärker die Umrisse der wesentlichen Probleme des Streitfalles abzuzeichnen.

Die französische Presse gibt zum Teil noch der Hoffnung Ausdruck, daß Italien durch afrikanische Eroberungen von seinen europäischen Zielen abgelenkt werden könnte. Wie irrig das ist, kann Frankreich am besten an seiner eigenen Geschichte überprüfen. Eine glänzende kolonialpolitische Entwicklung, wie sie Frankreich — zunächst von Bismarck gefördert — von 1880 bis 1911 zu verzeichnen hatte, konnte es nicht über den Verlust Elsas-Lothringens trösten, wie Bismarck noch gehofft hatte.

Je erfolgreicher Mussolini in Afrika ist, desto übermütiger wird der italienische Imperialismus seine alten Forderungen auf Palästina, Savoyen, Nizza, Korsika und Malta betonen.

In einem Artikel im „Echo de Paris“ kommt Vertinaz, nachdem er Frankreichs Sympathien für die Ausdehnung Italiens in



Laval (Frankreich)

Afrika betont hat, doch auf die entscheidende und für Frankreich lebenswichtige Frage zu sprechen.

Mussolini müsse verstehen, führt der bekannte französische Publizist aus, daß Frankreich in eine üble Lage käme, wenn Italien eine ganze Reihe von Verträgen breche.

Weit deutlicher umreißt das Problem die kommunistische „Humanité“, wenn sie schreibt:

Der Krieg in Afrika wird die Rechtfertigung einer Politik des Gewaltstreiks und der Zerstörung der Grenzen sein. Wenn erst einmal die

Grenzen Abessiniens vernichtet sind, werden auch die Grenzen Osteuropas und Oesterreichs gefährdet sein. Nichts anderes würde dieser Krieg bedeuten.

Dagegen hat der „Excelsior“ noch nicht begriffen, daß in Genf im Grunde auch über das



Lord Eden (Großbritannien)

Schicksal aller 1918 von Frankreich geschaffenen kleinen Staaten entschieden wird. Er wirft den kleinen Staaten vor, daß sie nicht verstehen wollen, daß in der Kolonialpolitik Recht vor Recht geht.

Die Politik Frankreichs hat seit dem Kriege die moralische Dedung nicht entbehren können, die ihr die These von dem Vorrang des Rechts vor der Macht gab. Sie hat der Welt eingeredet versucht, daß Machtpolitik ein rein deutsches Prinzip sei, während Frankreich in feindlicher Weise diese — oft genug durchlöchernte — These selbst preisgibt, bricht alles zusammen, was es seit 1918 aufgebaut hat.

Zahlreiche Blätter weisen auf die finanzielle politischen Seiten der Frage hin. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, die scheinbare Teilnahmslosigkeit der französischen Regierung beginne einem immer größer werdenden Interesse Platz zu machen. Die beiden Gründe seien anscheinend, daß die französische Politik ebenso fest auf dem Völkerbund begründet sei, wie die britische, und daß Frankreich über die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen eines italienischen militärischen Abenteuerz beunruhigt sei.

Italien, das an verzweifelter Geldknappheit leide, suche Hilfe bei Frankreich. Laval wisse aber, daß es gefährlich wäre, wenn er sich dem Vorwurfe aussetzen würde, daß er die neuen französischen Steuern und Gehaltsabzüge für italienische Kolonialinteressen verschwende.

Aber auch die französische „Action Française“ schreibt, der britische Minister Eden werde in Genf Baron Aloisi auf verschiedene Umstände aufmerksam machen, die ein italienisch-abessinischer Krieg zur Folge haben könnte, vor allem auf den Widerstand, den dieser Krieg bei den Völkern anderer Rassen, insbesondere bei den Negern, wecken würde, sowie auch auf das Echo auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, das schon jetzt sich auf eigene Art zu melden beginnt. In Rom wird Verwirrung und Erbitterung darüber laut, daß die Vereinigten Staaten die Kriegsabsichten Italiens verurteilen und man weiß auf die Heuchelei der Vereinigten Staaten hin, die unter anderen Umständen die Rechte der Negern wenig achten. Dieser Standpunkt Italiens den Vereinigten Staaten gegenüber hat in Wirklichkeit einen sachlicheren Grund. Seit Jänner des heurigen Jahres sind nämlich auf dem amerikanischen Markt die Wons

(Schluß auf Seite 2)

Bauer oder Junker?

Die Hintergründe der neuen Systemkrise

Die Stellung der Nationalsozialisten zum Großgrundbesitz war von jeher zweideutig und widerspruchsvoll. Naam war das Programm bekannt geworden, das im Punkt 17 „eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenpekulation“ fordert, da wurde „das unabänderliche Programm“ auch schon dahingehend geändert, daß selbstverständlich kein Großgrundbesitz enteignet wird, der Punkt 17 beziehe sich lediglich auf die „jüdischen Exzessanten“. Die spätere Stellungnahme gegen die Enteignung der Fürsten, ferner der Kampf gegen die Siedlungspläne Brünnings und Schleifers, und schließlich die Schaffung der Harzburger Front, in welcher der Großgrundbesitz eine maßgebende Rolle spielte, stellten unter Beweis, daß die Nationalsozialisten an den Großgrundbesitz nicht herangehen wollten oder nicht konnten. Wie immer es sei: die Nationalsozialisten trugen zur Festigung des Bündnisses zwischen Junkern und Schlotbaronen, d. h. zwischen Eisen und Korn, bei und so überhörten auch sie vorerst Max Webers Parole: „Deutsche Bauern sind wichtiger als deutsches Korn!“

Aber die Interessen der Junker sind genau genommen nicht die Interessen der nationalsozialistischen Bewegung, die auch den Bauern viel versprochen hat und darüber hinaus versuchen muß, die Arbeiterklasse wie die große Industrie durch Auflösung der Großstädte und Aufhebung von Arbeiter zu schwächen, will sie Rußland mit Erfolg in mittelalterliche Zustände zurückführen. Siedlung ist eine Lebensnotwendigkeit für den Nationalismus. Die Bauern drängen nach Land, ihnen dauert es zu lange, es von Rußland zu holen, und zum Kriegsführen haben sie auch keine Lust. Wo erheben sie ihre Stimme gegen den Großgrundbesitz. Vorübergehend war dies die Stimme der zweiten Revolution. Gegen Hugenberg! Hugenberg fiel, aber hier wurde lediglich die politische Konkurrenz beseitigt, wirtschaftlich geschah ihm nichts, die Agrarpolitik blieb und belästete die Klassen immer stärker. Und daß Hitler und Goebbels dem „tunen Volk“ Hugenberg zu seinem 70. Geburtstag so herzliche Briefe schrieben, ist mehr als eine Geste, denn im Grunde brauchen einander diese beiden reaktionären Kräfte immer wieder. Trotz aller Gegenätze und immer neuer Krisen kam es schließlich doch zum Harzburger Bündnis. Im ganzen scheint der Nationalsozialismus infolge seiner sozialen Vielfältigkeit usw. in diesem Bündnis ökonomisch der schwächere Teil zu sein, deshalb wird er immer wieder tiefmütterlich behandelt. Das gefährdet aber seine Klassenbasis und seine soziale Machtgrundlage. So muß er, getrieben von seinen Anhängern, immer wieder versuchen, innerhalb seines Bündnispartners eine höhere Quote herauszuschinden. Seine Anhänger können nicht begreifen, daß er mit seiner totalen Macht so wenig anzufangen weiß. So stellen die Demagogen in einem tollen Dilemma: jeder Schritt, den sie im Interesse ihrer ehemaligen Wähler machen wollen, ist zugleich ein Schritt gegen den Bund der Massen. Immer krampfhafter muß man sich demzufolge bemühen, die Nazi-Utopien zu verwirklichen. Eben darum kündigt der „Völkische Beobachter“ jetzt verfassungsmäßig „antikapitalistische“ Maßnahmen an. Eine von vielen ist die Auflösung des Konsumvereins, der für den Arbeiter selbstverständlich jüdisch-marxistisch-kapitalistisch ist. Der gezielte Antifemismus und die neuen Vorzüge im Staatsapparat (Helldorfs Ernennung zum Polizeipräsidenten von Berlin) liegen auf der gleichen Ebene.

Die primitive mechanische Auffassung, daß sich im Nationalsozialismus das „Monopolkapital“ ausbildet, wird durch niemanden besser als durch die Klagen eben dieses Monopolkapitals widerlegt. Die Dinge liegen ungeheuer komplizierter. Der utopische und für die Exportindustrie verhängnisvolle reaktionäre „Antikapitalismus“ der Nationalsozialisten treibt die Gegensätze auf den Gipfel. Darum gefestigter Antifemismus, Radikalisierung im Apparat, neue Sammlung der SA und SS, neue Differenzen mit Industrie, Wehrmacht und eigener Organisation, schwer zu sagen, was

